



Unser Landtagsabgeordneter Hans Kaiser und der neue Ministerpräsident Gerhard Schröder.

Kein Grund zum Feiern!

Die „Wellen der Hoffnung“, die Herr Dr. Albrecht bei der Regierungsübernahme 1976 ausmachen zu können glaubte, sind im Sande verlaufen. Trotzdem feiert die CDU. „Es geht uns gut, so soll es bleiben“, so prangt es von den Großplakaten. Das ist ein unglaublicher Vorgang angesichts der Tatsache, daß in Niedersachsen 325 000 Menschen arbeitslos sind, daß rund 400 000 Men-

schen zu Sozialhilfeempfängern geworden sind.

Mit Schönfärberei und Unwahrheiten versucht die CDU, die tatsächliche Lage im Lande zu verschleiern. Die Arbeitslosigkeit ist in Niedersachsen stärker gestiegen als im Bundesdurchschnitt. Der Rang Niedersachsens unter den acht Flächenländern hat sich verschlechtert. Beim Bruttoinlandsprodukt hält Niedersach-

sen den 7. Rang, ebenso beim Volkseinkommen. In so zukunfts-trächtigen Branchen wie der elektronischen Industrie und in der Büromaschinen- und Computerindustrie gingen in Niedersachsen Arbeitsplätze in großer Zahl verloren. Aktive Arbeitsmarktpolitik war für Herrn Albrecht und seine Regierung keine eigentliche Aufgabe der Landespolitik, sie fand oft – wie im Fall Klöckner – erst statt, wenn der öffentliche Druck und der der SPD-Opposition sie zum Handeln zwang. Unsere Forderungen nach öffentlichen Investitionsprogrammen, insbesondere unser Programm „Arbeit und Umwelt“, wurden abgelehnt. Die notwendige technologische Unterstützung, insbesondere der mittelständischen Betriebe, wurde viel zu spät und unzureichend betrieben. Fatale Folgen hatte der massive Widerstand von CDU und FDP gegen die Arbeitszeitverkürzung.

Ich halte dagegen: Uns geht es erst gut, wenn es allen gutgeht. Die CDU hatte 10 Jahre Zeit, jetzt sind wir Niedersachsen dran.

Hans Kaiser
SPD-Landtagsabgeordneter

P.S.: Das Wahlprogramm der SPD können Sie anfordern bei der SPD-Geschäftsstelle Osnabrück, Gr. Gildewart 11. Schreiben Sie oder rufen Sie an (05 41 / 2 78 33)!

Niedersachsen ist „Spitze“ oder: 10 Jahre Albrechtspolitik sind genug!

Es besteht ein eindeutiges Nord-Süd-Gefälle in der Bundesrepublik. Im Anstieg der Sozialhilfeausgaben pro Einwohner und in der dramatischen Zunahme der Arbeitslosenzahlen ist der Norden „Spitze“. Niedersachsen entwickelt sich wegen der Albrechtspolitik (Breuel- u. Kohlpolitik) zum Absteigerland Nummer eins.

Die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit betrug im Sept. 1980 8 Monate und im Sept. 1985 bereits über 12 Monate. Die Zunahme der absoluten Arbeitslosen ist Negativrekord in Niedersachsen. Dabei fällt besonders auf, daß immer mehr Arbeitslose keine Leistungen erhalten oder auf die Arbeitslosenhilfe angewiesen sind. Die Gesamtentwicklung in Niedersachsen wird anhand der Statistik des Landesarbeitsamtes verdeutlicht. In der Statistik erscheinen nicht die jungen Menschen, die resigniert sich nicht arbeitslos gemeldet haben, und auch nicht diejenigen Schüler und Umschüler, die sich in Umschulungs- u. Ausbildungsmaßnahmen des Arbeitsamtes befinden.

Jahr	Arbeitslosengeld	Arbeitslosenhilfe	Leistungen beantragt	keine Leistungen	Arbeitslose insgesamt
1980	48 147	16 098	33 567	29 486	127 298
1981	76 225	25 290	48 065	45 487	195 067
1982	126 312	52 800	33 620	70 986	283 718
1983	130 230	86 826	26 596	90 618	334 270
1984	121 838	110 160	27 786	100 946	360 730
1985	107 062	113 198	28 198	112 408	360 840

Helmut Tolsdorf

Briefwahl nicht vergessen!

Nicht vergessen werden sollte im Hinblick auf die Landtagswahl eine wählerverachtende Kalkulation des gegenwärtigen obersten niedersächsischen Amtsinhabers, Ernst Albrecht (CDU). Bei einem Entscheidungsspielraum von drei Monaten hat er die Wahl auf den letztmöglichen Termin überhaupt gelegt. Dabei weiß auch Ernst Albrecht, daß der 14. Juni vielerorts ein schulfreier Samstag, daß Montag, der 16. Juni, ein Ferientag und daß der 17. Juni der „Tag der deutschen Einheit“ ist – ideale Voraussetzungen für einen Kurzurlaub z. B. mit der ganzen Familie! Was bei Wahlung des politischen Anstandes ein „unmöglicher“ Termin wäre, ist für Ernst Albrecht der ideale Wahltermin, weil viele Bürger/innen dann gar nicht im Lande sind und weil von der Briefwahl mehr

CDU-Wähler als SPD-Wähler Gebrauch zu machen pflegen.

Es wird eine Logik sichtbar, die im Klartext gesagt, daß es auf den Willen der Mehrheit im Lande nicht allzusehr ankommt, daß das Volk nur Masse ist, die beliebig so zu arrangieren ist, daß sie nur ja die Herrschaft von Ernst Albrecht nicht antastet. Als tieferen Grund seiner Herrschaft wird es der gegenwärtige Amtsinhaber auffassen, daß seine politischen Gegner weniger „intelligent“ sind als seine politischen Anhänger und vor allem als er selbst, also z. B. die Prozedur der Briefwahl nicht beherrschen, vergeßlicher sind usw.

Dem Mann kann nur geholfen werden, indem man ihn eines Besseren belehrt: Alle, die eine Regierung Albrecht nicht länger wollen und am 15. Juni nicht am

Ort sind, müssen die Briefwahl nutzen! Es ist nämlich alles noch wesentlich einfacher, als man denken mag. Im Grunde gibt es zwei Möglichkeiten:

1. Möglichkeit: Man geht mit der Wahlbenachrichtigung in der Zeit vom 26. Mai bis zum 13. Juni zur Stadtverwaltung und kann dort **alles auf einmal** erledigen (Beantragen des Wahlscheins + Wählen).

2. Möglichkeit: a) Man fordert einen Wahlschein und die Briefwahlunterlagen an, indem man die Rückseite der Wahlbenachrichtigung ausfüllt und diese in frankiertem Umschlag (0,80 DM) an die Stadtverwaltung übersendet. b) Nach Erhalt der Briefwahlunterlagen muß man dann sein Kreuzchen machen, den Wahlschein in den Wahlbrief eintüten und den Wahlbrief **rechtzeitig** (d. h. nicht später als Freitagmittag vor der Wahl) zur Post geben.

Es gilt also vor allem: **MAN DARF ES NICHT VERGESSEN!!!**

Wenn alle mitdenken, muß sich Ernst Albrecht nach dem 15. Juni, um weiter regieren zu können, ein neues Volk suchen!

Wer aber das Wählen vergessen hat und am Abend des 15. Juni irgendwo (in Deutschland) erleben muß, wie auf dem Bildschirm ein professionelles Strahlen sich zu einem schadenfrohen Siegesgrinsen auswächst, der ist selbst schuld!

Joh. Köhne

Willy Brand kommt!

Siehe Seite 8.

Herausgeber:
SPD-Ortsverein GMHütte;
Verantwortlich im Sinne des
Pressegesetzes:
Klaus Kraegeloh,
Fasanenweg 21;
Satz und Druck:
Druckerei Lothar Günter,
GMHütte, Schauenroth 13;
Auflage: 9 000 Stück

Bürgerversammlung!!!

Im Zusammenhang mit der Atomkatastrophe von Tschernobyl sind von Politikern Behauptungen und Aussagen getroffen worden, die dumm, verharmlosend oder schlichtweg gefährlich sind: – „**die radioaktive Strahlung in der Bundesrepublik sei völlig gefahrlos**“:

Richtig ist dagegen, daß es gefahrlose oder ungefährliche Strahlung nicht gibt! **Jede** Erhöhung der Strahlendosis ist eine Steigerung der Krebsgefahr. Durch die Strahlenbelastung aus der UdSSR werden wir vor allem Langzeitfolgen und -schäden haben, für die die Ursache dann so weit zurückliegt, daß sie nicht mehr feststellbar ist.

– „**es liege keine ‚akute‘ Gefährdung vor**“:

In der Tat, akut ist niemand an Strahlung in der BRD umgekommen, aber die Spätfolgen – siehe oben; im übrigen ist diese Aussage derartig menschenverachtend, daß weitere Kommentierung sich erübrigt.

– „**die Grenzwerte seien nicht überschritten worden**“:

Grenzwerte sind gesetzliche/politische Festlegungen; d. h., knapp unterhalb eines Grenzwertes ist eine Belastung nicht ungefährlich,

knapp oberhalb ist sie nicht einmal gefährlich. Das ist Unsinn. Die Wirkung und Gefährlichkeit von Belastungen nimmt mit Zunahme der Menge/Konzentration zu, ungeachtet der Grenzwerte.

Außerdem: Grenzwerte gelten in der Regel für den gesunden Durchschnittsmenschen, also sind nicht für Kinder, Kranke usw. angelegt.

(Im übrigen hat die ganze Tschernobyl-Problematik gezeigt, wie beliebig mit Grenzwerten jongliert werden kann!)

– „**bundesdeutsche Atomkraftwerke sind absolut sicher**“:

Absolut sichere Technik gibt es nicht – das ist eine Binsenweisheit! Das besonders Fatale und Hervorstechende an der Atomenergie sind jedoch die weiträumigen und vor allem über Generationen reichenden Wirkungen; somit sind die potentiellen Gefahren der Kernenergie besonders groß.

– „**die Kernenergie weise ein ‚Restrisiko‘ auf**“:

Mal abgesehen davon, daß ein „Restrisiko“ bei „absolut sicheren Atomkraftwerken“ ja wohl nicht sein kann, ist dieser Begriff besonders hinterhältig, da er so sehr beschönigt. Wer hat schon vor einem „Rest“ Angst? Wie schon dargestellt, weist jedoch die Atomenergie nicht ein Restrisiko, sondern ein ganz spezielles Risiko auf, das nicht durch irgendwelche Berechnungen wegzureden ist.

Fazit: Politiker, die in dieser Weise verharmlosen, beschönigen, runterspielen, die Ängste von Eltern, Müttern, Schwangeren, Kindern derartig verachten und ignorieren, haben sich ihr Zeugnis selbst ausgestellt.

Was sagen diese Herren wohl, wenn es im Uralt-Atomkraftwerk Stade oder woanders zu einem schweren Störfall kommen sollte? War das dann das Restrisiko?

Rainer Korte



Bürgermeisterkandidat Helmut Stahlmann:

So wie der Regierungswechsel in Niedersachsen ist am 5. Oktober die Wachablösung auch in Georgsmarienhütte fällig.

Aus den Ausschüssen

- Der Rad- und Fußweg an der nördlichen Seite der Von-Galen-Straße wird für beide Fahrtrichtungen ausgewiesen.
- Für die Baumaßnahme Rad-/Fußweg „Auf der Masch“ werden 134 000 DM zur Verfügung gestellt.
- Bürgerversammlung zum Thema Verkehrsberuhigung „Kiwiweide“ geplant.
- **Betonpflasterung** der Fußwege Haseldehnen und Birkhahnweg beschlossen.
- 400-m-Laufbahn der Sportstätte Glückauf wird erneuert. Ra-

sensportplatz Harderberg erhält eine Schlitzdrainierungsanlage (bessere Wasserdurchlässigkeit).

- Stadt übernimmt im Rahmen eines Mehrjahresplanes die Kosten für die Anschaffung von Kleinfeldtoren auf allen normgerechten Sportplätzen.
- Stadt informiert am 5. 6. im Milchhof über Möglichkeiten der Wirtschaftsförderung in Georgsmarienhütte durch Bund und Land Niedersachsen.

Helmut Stahlmann



FÜR 40JÄHRIGE MITGLIEDERSCHAFT ehrte die SPD Georgsmarienhütte bei ihrem traditionellen „Tanz in den Mai“ ihre im Jahre 1946 der Partei beigetretenen Mitglieder. MdL Hans Kaiser, Bürgermeisterkandidat Helmut Stahlmann und Ortsvereinsvorsitzender Klaus Kraegeloh würdigten die Verdienste der Jubilare um die Partei und um das Gemeinwohl in der Kommunalpolitik. Unser Bild zeigt die Jubilare mit ihren Gemahlinnen. Obere Reihe von links: Harry Brunsmann, Wilhelm Heringhaus, Josef Kasselmann, Rudi Glasmeyer. Untere Reihe von links: Albert Rudnik, Johannes Reitzer, Georg Krützkamp, Hermann Krützkamp und Ludwig Pilger. Nicht auf dem Bild sind die Jubilare Ilse Blanke, Luise Krauß, Heinz Blanke, Rudolf Henn, Johannes Motzek und Gustav Schliek.

Foto: K. Kraegeloh

Stadtverwaltung neu organisiert

SPD fordert: Auch Frauen in Leitungsfunktionen!

Der neue Stadtdirektor Dr. Janing hat mit seinen Mitarbeitern eine Neuorganisation der Verwaltung erarbeitet, die auf der letzten Ratssitzung vom Rat verabschiedet wurde.

Auf die Einzelheiten soll hier nicht eingegangen werden.

Ich möchte drei Aspekte, die mir wichtig erscheinen, hervorheben:

- die Einrichtung eines Amtes für Stadtplanung,
- die Einrichtung des Amtes für Rechtswesen und Wirtschaftsförderung,
- die Beauftragung eines Mitarbeiters der Verwaltung ausschließlich für Fragen des Umweltschutzes.

Der Stadtdirektor hat mit der Schaffung dieser Ämter neue Akzente gesetzt. Die SPD knüpft an diese Ämter und deren Stellenin-

haber (die Positionen werden öffentlich ausgeschrieben) große Hoffnungen.

Sowohl die Stadtplanung als auch die Wirtschaftsförderung sind wichtige Aufgaben, die intensiv verfolgt werden müssen. Bei der Stadtplanung geht es darum, unter Berücksichtigung der Besonderheiten und gewachsenen Strukturen der einzelnen Stadtteile ein für die gesamte Stadt in sich schlüssiges Konzept zu entwickeln. Dabei fällt dem Stadtplaner auch die Aufgabe zu, Bürger, Betriebe und Unternehmen zu beraten, sofern die Gestaltung des Stadtbildes betroffen ist.

Bei der Wirtschaftsförderung steht nicht nur die Ansiedlung weiterer Betriebe, die in eine Gesamtkonzeption passen müssen,

im Vordergrund, die Bestandspflege und die Beratung der Betriebe, die Verarbeitung der Ergebnisse des Einzelhandelsstrukturgutachtens haben einen ebenso hohen Stellenwert.

Der Umweltschutzbeauftragte soll eine Stabsfunktion bekleiden, er ist dem Stadtdirektor unmittelbar zugeordnet. Wir erwarten von ihm Impulse, konkrete Vorstellungen und deren Durchsetzung bei allen Fragen des Umweltschutzes.

Die SPD erwartet, daß die Stellenausschreibungen für die Ämter der Stadtplanung und des Rechtswesens und der Wirtschaftsförderung so abgefaßt sind, daß sich auch Frauen aufgefordert fühlen, sich zu bewerben. Die SPD geht ferner davon aus, daß bei gleicher Qualifikation die Positionen von Frauen besetzt werden sollten. Die SPD hält es weiterhin für wichtig, daß Mitarbeiterinnen der Stadtverwaltung Gelegenheit erhalten sollten, sich zu Fort- und Verwaltungslehrgängen zu melden, um bei entsprechender Qualifikation Leitungsfunktionen zu übernehmen.

Helmut Stahlmann

Feuchtgebietsschutz – unser aller Aufgabe

Gemeinden erhalten und gestalten ihre Feuchtgebiete.

Die niedersächsischen Städte und Gemeinden haben die Bedeutung der Feuchtflächen für die natürliche Umwelt erkannt:

- ▷ Sie erfassen, schützen und pflegen den Bestand,
- ▷ sie legen neue Biotope an.

Auszug aus einer Broschüre, die die Volksbanken/Raiffeisenbanken zusammen mit dem Niedersächsischen Städte- und Gemeindebund im Rahmen ihrer „Umwelt-Aktion Niedersachsen“ herausbrachte. Georgsmarienhütte ist Mitglied in diesem Städtebund. Will es sich gegen die Forderungen dieser Aktion stellen?

Unser Schwimmbad muß attraktiver werden!

Am Dienstag, dem 13. Mai, besuchten Mitglieder des Ausschusses für Jugend und Sport und Vertreter der Verwaltung Hallenbäder in Düsseldorf-Mettmann, Gevelsberg und Herzbrock. Alle drei Bäder haben oder besser gesagt hatten etwas mit unserem Bad gemeinsam: seit langem sinkende Besucherzahlen und deshalb zwangsläufig steigende Zuschüsse der Kommunen. So gingen auch bei uns die Besucherzahlen stetig zurück, und der Zuschußbedarf erhöhte sich ständig und betrug allein für das Jahr 1984 rd. 520.000 DM. Rechnet man die Kosten für die Zinsen hinzu, sind es sogar 775.000 DM, eine fürwahr stolze Summe! Die Zahlen für 1985 liegen noch nicht vor, bestätigen aber nach Auskunft der Verwaltung durchaus diesen negativen Trend.

Die drei obengenannten Bäder hatten mit den gleichen Schwierigkeiten zu kämpfen wie unser

Bad. Seitdem aber dort Großbrutschen von 60 bis 80 m Länge in die Hallenbäder eingebaut wurden, haben sich die Besucherzahlen um 50 bis 150% erhöht! Für jedermann ist einsichtig: die laufenden Kosten für Wasser, Heizung, Aufbereitung etc. sind gleichbleibend, egal ob das Bad von 10 oder 150 Badegästen besucht wird. Höhere Erlöse können nur durch höhere Besucherzahlen erzielt werden. Unser Schwimmbad muß attraktiver werden!

Die SPD-Fraktion hat nach anfänglichem Zögern und nach längeren Beratungen einen Vorschlag der Verwaltung wieder aufgegriffen und als Antrag in den Jugend- und Sportausschuß eingebracht: Einbau einer Großbrutsche von 85-90 m Länge in unserem Hallenbad. Das Beispiel Herzbrock macht deutlich, wie es möglich ist, die Defizite abzubauen: Seit Einbau der Rutsche sind die Besucherzahlen von ca.

3500 auf etwa 11 000 gestiegen. Im Haushalt 1986 sind 450.000 DM fest für den Bau einer Großbrutsche eingeplant. Nach seriösen Berechnungen können sich Investitionskosten je nach Besucherzahlen bereits nach zwei Jahren bezahlt gemacht haben. Unsere Partnerstadt Remagen hatte ihre Rutsche zunächst „geleast“, d. h. gemietet, jetzt aber hat man die Rutsche selbst gekauft, weil man auf Dauer sogar Gewinne erwirtschaften will. Deshalb befürwortet die SPD-Fraktion eine möglichst rasche Planung und Durchführung dieser Maßnahme. Natürlich gibt es zumindest noch einen weiteren Grund für den Einbau der Rutsche: Es macht Jungen und (auch) Älteren Spaß, das Ding runterzusausen. Der ständige große Andrang bewies dies eindeutig.

Bernd Völkel

(Stellvert. Vorsitzender des Ausschusses für Jugend und Sport)

SPD gegen Einrichtung von Spielhallen an der Hindenburgstr. und der Oeseder Str.

Für die noch leerstehenden Räume des Geschäftshauses Hindenburgstr. 14 (ehemals Möbel Meyer) und des Wohn- und Geschäftshauses Oeseder Str. 81 liegen der Stadt Nutzungsänderungsanträge vor. Der Antragsteller möchte in diesen Räumen Spielhallen einrichten.

Spielhallen fallen unter den Oberbegriff **Vergnügungsstätten**. Das Gesetz versteht darunter u. a. Nachtlokale, Sexkinos, Discotheken, Spiel- und Automatenhallen. Die SPD ist sich im klaren darüber, daß ein generelles Verbot von Vergnügungsstätten nicht ausgesprochen werden kann und auch nicht sollte.

Wir wollen keine „Moralisten“ sein. Wir wollen an dieser Stelle

auch nicht untersuchen, inwieweit Jugendliche durch den Besuch von Spielhallen gefährdet sind. Daß sie einen positiven Einfluß ausüben, kann ich mir aber nicht denken. Und ich kann mir auch vorstellen, daß es sinnvoller Beschäftigungen gibt als das stumpfsinnige Betätigen von Automaten. Die SPD ist aber der Auffassung, daß die Spielhallen in den genannten Straßen fehl am Platze sind. Besonders an der Hindenburgstraße, aber auch in Oesede, wo sich eine gelungene Synthese zwischen Einkaufen und Wohnen entwickelt hat, würden die Spielhallen stören und Konflikte mit der Wohnfunktion heraufbeschwören. Wir sind gerade dabei, die Attraktivität dieser

Wohn- und Geschäftsstraßen zu stärken und ihren besonderen Charakter festzuschreiben. Dazu gehört auch eine angemessene Wohnqualität, die nicht durch Spielhallen in Mitleidenschaft gezogen werden darf.

Wir haben im Rat beantragt, die Baunutzungsverordnung entsprechend zu fassen.

Helmut Stahlmann

LIEBER LUSTIG MIT
SCHRÖDER ALS
ERNST MIT
ALBRECHT!

Klaus Matthiesen Die Agrarpolitik geht uns alle an

„Was tut eine Regierung nicht alles, wenn sie befürchten muß, daß starke Wählergruppen und noch dazu treue Anhänger damit drohen, sich ihr zu verweigern“, fragte die Westdeutsche Allgemeine Zeitung, nachdem bekannt wurde, daß die Bundesregierung ein Notprogramm für die deutschen Bauern von einer Milliarde Mark plant.

Können kurzfristige Notprogramme, geboren aus der Angst, Wählerstimmen zu verlieren, den Bauern wirklich helfen? Brauchen wir eigentlich noch so viele Landwirte in der Bundesrepublik? Ist eine Kurskorrektur in der Landwirtschaft überhaupt noch möglich?

Dazu nimmt der Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft des Landes Nordrhein-Westfalen, Klaus Matthiesen, Stellung: Die SPD und die Agrarpolitik.

Als Steuerzahler haben wir ein Interesse daran, daß mit dem Wahnsinn der Überschußproduktion in der Europäischen Gemeinschaft Schluß gemacht wird. 1986 wird die EG-Agrarpolitik rund 50 Mrd. DM kosten. Der Löwenanteil davon kommt nicht den Landwirten zugute. Das meiste Geld wird vielmehr für die Lagerung der Überschußberge und ihre anschließende Verschleudung zu Spottpreisen ausgegeben. Sozialdemokraten fordern deshalb eine grundlegende Reform der europäischen Agrarpolitik.

Agrarfabriken

Agrarfabriken, in denen landwirtschaftliche Nutztiere auf engstem Raum und in riesigen Beständen gehalten werden, sind nicht Ziel sozialdemokratischer Agrarpolitik. Der Abfall aus diesen Tierfabriken belastet unsere Umwelt. Die Forderung des Tierschutzge-

setzes nach verhaltensgerechter Unterbringung und artgemäßer Bewegungsmöglichkeit wird immer häufiger verletzt. Und schließlich bedeutet das rasante Anwachsen von Großbetrieben mit Massentierhaltung, daß die kleinen und mittleren bäuerlichen Familienbetriebe der Konkurrenz durchrationalisierter Großbetriebe nicht mehr gewachsen sind.

Existenzen gefährdet

Unverkennbar aber ist, daß sich die bäuerliche Landwirtschaft in bedrängter Lage befindet. Preise und Einkommen sind auf ein niedriges Niveau abgerutscht, so daß immer mehr bäuerliche Existenzen gefährdet sind. Die Krise unserer Landwirtschaft ist vor allem Ergebnis einer Krise der europäischen Agrarpolitik. Sie hat zu lange auf Expansion gesetzt, das Entstehen großer Betriebs-einheiten durch falsche Investitionsförderung und überzogene preispolitische Stützung beschleunigt und dabei die Folgen für Menschen und Natur vergessen.

Reform überfällig

Ich wiederhole deshalb: Eine grundlegende Reform der EG-Agrarpolitik ist überfällig. Die derzeitige Bundesregierung hat dafür kein Konzept. Sie hat mit der 1984 eingeführten Milchkontingentierung Unfrieden in die Dörfer getragen, eine beispiellose Bürokratie und unzählige soziale Härtefälle geschaffen und letztlich vor allem den kleinen und mittleren Betrieben Existenz- und Entwicklungsmöglichkeiten abgeschnitten.

Wir müssen verhindern, daß diese Politik fortgesetzt und auf andere Bereiche der Landwirtschaft übertragen wird. Immer weniger Landwirte glauben den Versprechungen der Bundesregierung und der Unionsparteien, daß auf diesem Wege höhere Agrarpreise

durchgesetzt und bäuerliche Existenzen gesichert werden können. Eine Kurskorrektur ist nötig und möglich. Das zeigt der auf Initiative des Landes Nordrhein-Westfalen im Dezember 1985 gefaßte Beschluß des Bundesrates zur Neuausrichtung der EG-Agrarpolitik.

Naturschutz bezahlen

Der Bundesrat stellt in seinem Beschluß auch klipp und klar fest, daß Leistungen der Landwirtschaft zur Erhaltung von Natur und Landwirtschaft finanziell auszugleichen sind. Landwirtschaft heute hat nicht mehr als vorrangige oder gar einzige Aufgabe, Nahrungsmittel zu erzeugen. Angesichts der riesigen Überschüsse und angesichts unserer belasteten Umwelt kommt dem Beitrag der Landwirtschaft zur Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen eine eminent wichtige Bedeutung zu.

Leider haben sich einige Bundesländer – wie Niedersachsen und Schleswig-Holstein – frühzeitig von dem gemeinsam gefaßten Beschluß des Bundesrates wieder verabschiedet. Allein aus wahltaktischen Gründen sind sie wie die Bundesregierung zu einer Politik leerer Versprechungen und falscher Verheißungen zurückgekehrt.

Bioethanol nicht konkurrenzfähig

Da wird wieder eine aktive Preispolitik versprochen, obwohl jeder weiß, daß diese angesichts der dramatischen Überschusssituation in der EG nicht durchsetzbar ist. Es werden Erwartungen in den Anbau nachwachsender Rohstoffe gesetzt, obwohl alle seriösen Berechnungen zeigen, daß aus landwirtschaftlichen Produkten gewonnenes Bioethanol nicht konkurrenzfähig ist, neue Milliardenkonventionen erfordern und zudem einer umweltschädlichen Industrialisierung der Landwirtschaft Vorschub leisten würde.

Gezielte Hilfen

Sozialdemokraten sind für gezielte Hilfen vor allem an kleine und mittlere Betriebe, denen es besonders schlecht geht. Wir wol-

len eine sozial gerechtere Agrarpolitik und eine umweltverträglichere Landwirtschaft. Jeder andere Weg führt uns nur noch tiefer in die Sackgasse.



Anmerkung: Die GiG wird auch in Zukunft gern besonders „gelungene“ CDU-Plakate abdrucken.

Klare und detaillierte Forderungen der SPD-Fraktion zur Verkehrssicherheit in GMHütte!

Schon wieder Papier, schon wieder ein Konzept, wird mancher stöhnen, wenn er/sie das **Verkehrskonzept** der SPD-Fraktion vom September 1985 in die Finger bekommt.

Doch bedenken Sie bitte, daß durch solche schriftlichen Ausarbeitungen Anregungen, Vorschläge und neue Ideen in die Kommunalpolitik kommen, wodurch über viele Probleme dann überhaupt erst nachgedacht wird.

Voller Stolz können wir als SPD im übrigen feststellen, daß wir die einzige politische Kraft in GMHütte sind, die umfassende Vorschläge erarbeitet, die einzelne Problemfelder der Kommunalpolitik darstellen und Zielvorstellungen

formulieren. Die anderen Fraktionen im Rat der Stadt sind – abgesehen von ihren Wahlprogrammen – über Aussagen zu Einzelthemen nicht hinausgekommen!

Schon 1979 haben wir konkrete Vorschläge zur Verkehrssicherheit gemacht; ebenfalls 1979 einen umfangreichen Radwegplan erarbeitet; 1980 wurde von unserer Fraktion eine detaillierte Stellungnahme zum Generalverkehrsplan vorgelegt.

Nicht unerwähnt bleiben sollten der Grünordnungsplan der SPD-Fraktion sowie das Sozial- und Familienprogramm sowie jüngst eine Reihe von Vorschlägen für Maßnahmen gegen das Waldsterben.

Nun also unser Verkehrskonzept, was übrigens in Form eines Antrages an die zuständigen Gremien gegangen ist.

Ganz allgemein gehen wir von der (vermeintlichen) Selbstverständlichkeit aus, daß **alle** Verkehrsteilnehmer gleichberechtigt zu sein haben – in GMHütte auch nicht ansatzweise realisiert!

Wichtigste Forderung ist dabei für uns die Einführung von TEMPO 30 in **allen** Wohngebieten. Ausgeschlossen davon sind die Landes-, Bundes- und Kreisstraßen sowie einige weitere innerörtliche Verbindungsstraßen. Sicherlich kann TEMPO 30 nur ein erster Schritt sein, sachgerechte und wirksame Verkehrsberuhigung ist auf Dauer die beste Lösung! Daneben werden für eine Fülle von verkehrlichen Problempunkten Lösungsvorschläge gemacht: z. B. Versetzung des Ortschildes in Holzhausen um 200 m in Richtung Hagen; z. B. generell Tempo 50 von der Bahn in Malbergen bis zum Harderberg; z. B. Verlegung der U 333 durch Malbergen auf die Klöcknerstr.; z. B. Tempo 30 über die Kasinobrücke; z. B. Tempo 50 auf der Kreisstraße an der Brannenheide; z. B. Tempo 70 auf der B 51 am Harderberg; z. B. Überholverbot auf der B 51 innerorts in Oesede; z. B. Tempo 80 auf der Umgehungsstr. in Oesede usw. usw. Weitere konkrete Punkte können in unserem Verkehrsprogramm nachgelesen werden.

Neben diesen kostengünstigen Verkehrssicherheitsmaßnahmen verlangen wir für geplante bzw. im Bau befindliche Wohngebiete grundsätzlich die Realisierung von Verkehrsberuhigung, dies gilt ebenfalls für zu erneuernde oder zu sanierende Wohngebiete! Seit September liegen diese Forderungen vor; wir hoffen, daß bis zur Sommerpause auch Entscheidungen gefallen sind. Wer an näheren Einzelheiten interessiert ist, verlange bei der SPD das Verkehrskonzept.

Rainer Korte

gig-Interview mit Hans Kaiser

Du kandidierst 1986 wieder für den Niedersächsischen Landtag, dem Du seit 1970 angehörst. Wo liegen Deine Arbeitsschwerpunkte?

Ich bin Vorsitzender des für die Bereiche Schule und Berufsausbildung zuständigen Fraktionsarbeitskreises Kulturpolitik und in dieser Funktion bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion. Die Arbeit in diesem Aufgabenfeld möchte ich auch in der nächsten Legislaturperiode fortsetzen.

Die Ausbildungsnot ist groß. Daß sich Jugendliche am Ende ihrer Schulzeit mehr als 50mal und oft erfolglos um einen Ausbildungsplatz bemühen, ist keine Seltenheit. Was wollt Ihr dagegen tun?

Zu Beginn des Ausbildungsjahres 1985/86 im September vergangenen Jahres waren weit über 20 000 Jugendliche in Niedersachsen ohne Ausbildungsplatz. Solche Zustände wollen wir nicht hinnehmen. Wir wollen außerbetriebliche Ausbildungsplätze schaffen, die vollwertige Ausbildung und soziale Absicherung der Auszubildenden gewährleisten. Wir werden das Berufsbildungsjahr zügig einführen, und wir werden uns für die Berufsbildungsabgabe einsetzen. Sie soll Finanzausgleich zwischen ausbildenden und nicht ausbildenden Betrieben sein und die Finanzierung notwendiger außerbetrieblicher Ausbildungsplätze sichern. Wer nicht ausbildet, soll zahlen!

Schulpolitik sollte Chancengleichheit und größtmögliche Förderung des Schülers zum Ziel haben. Welche konkreten Schritte habt Ihr vor?

Die Anfang der 70er Jahre von Sozialdemokraten begonnene Reformpolitik ist unter 10 Jahren CDU-Regierung natürlich nicht weitergegangen. Wir werden die Schule im Interesse der Bildungschancen der jungen Men-

schen weiterentwickeln. In diesem Rahmen kann ich nur wenige Stichworte nennen: Flächendeckendes Angebot an 10. Klassen für alle Hauptschüler, Stärkung der Orientierungsstufe, Einrichtung von Gesamtschulen, wo die Betroffenen dies wollen, zügige Einführung des Berufsbildungsjahres.

Die Ausbildungsförderung ist von der Bonner Koalition stark eingeschränkt worden. Seht Ihr Möglichkeiten, die finanziellen Hürden für mehr Bildungschancen abzubauen?

In Niedersachsen ist die Zahl der geförderten Schüler (BAFÖG und NAFÖG) von rund 90 000 auf rund 30 000 zurückgegangen. Das ist unerträglich. Wir werden uns für eine verbesserte Ausbildungsförderung starkmachen. Außerdem wollen wir in Niedersachsen die Lernmittelfreiheit einführen.

Die Arbeitslosigkeit ist in Niedersachsen unter der Regierung Albrecht überdurchschnittlich gestiegen. Zuletzt waren 325 000 Menschen ohne Arbeit, das sind 11,5%. Wie beurteilst Du die Situation?

Diese Zahlen sind erschreckend und entlarven die CDU-Parole „Uns geht es gut – so soll es bleiben“ als geschmacklose Schönfärberei. Wir brauchen eine aktive Arbeitsmarktpolitik. Dazu gehört die politische Unterstützung der Gewerkschaften beim Kampf um Arbeitszeitverkürzung, dazu gehören öffentliche Investitionen, insbesondere im Umweltschutz. Ein Aufschwung, der die Arbeitnehmer und die Arbeitslosen nicht erreicht, kann mir gestohlen bleiben.

Das Reaktorunglück in der Sowjetunion hat uns alle im wahrsten Sinn des Wortes betroffen gemacht und zutiefst erschreckt. Welche Konsequenzen zieht die SPD?

Wir Sozialdemokraten haben auf unserem Bundesparteitag 1984

beschlossen, aus der Kernenergie-nutzung auszusteigen. Das Unglück hat gezeigt, daß diese Entscheidung richtig war. Die Sicherheit der Menschen hat Vorrang vor allen anderen Zielen. Wir sind (im Gegensatz zu Herrn Albrecht) gegen den Bau weiterer Kernkraftwerke, gegen den Bau einer atomaren Wiederaufbereitungsanlage, gegen die Inbetriebnahme des Schnellen Brütters in Kalkar. Kurz gesagt: Wir wollen den Einstieg in den Ausstieg, so schnell wie möglich. Die Erforschung und Entwicklung neuer umweltverträglicher und sicherer Energieversorgungsmöglichkeiten muß intensiviert, alle Möglichkeiten rationellerer Energieverwendung und der Energieeinsparung müssen genutzt werden.



Willy Brandt kommt!

Der SPD-Vorsitzende ist am Dienstag, 10. Juni 1986, in Georgsmarienhütte zu Gast. Er wird um 15.00 Uhr im „Kasino“ zu den Bürgern der Stadt sprechen. Die Gelegenheit, den Bundeskanzler a. D. und Vorsitzenden der Nord-Süd-Kommission live zu erleben, die sich in unserer Stadt vielleicht alle 20 Jahre einmal ergibt, wird sich kaum einer entgehen lassen wollen!